67. Jahrgang. № 461 Sonntag, 22. Oktober 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr bei täglicher Zutragung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 210,—. Einzelnummer M. 10,—, Sonntagsausgabe M. 12,—.

Anzeigen-Preise. Die 11spaltige 32 mm breite Zeile M. 25,—, außerhalb Sachsens M. 30,—. Familienanzeigen und Stellengesuche unter Wegfall jeden weiteren Rabatts M. 15,—. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Lepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Feinste Lederwaren ✧ Damentaschen
Elegantes Reisegepäck
26 Prager Straße Adolf Näter Prager Straße 26

Dauerbrandöfen
Reiche Auswahl Bewährte Fabrikate
Transportable Herde — Prometheus-Gaskocher
Florian Czeckerts Nachfolger Ferdinand Wiesner
Töpferstraße 9, 13, 15 Fernsprecher 25401

Trinkt
Radeberger Pilsner

Hast Du Augengläser nötig, gehe zu Gebrüder Roettig, Dresden-A. Prager Straße 23

Der französische Reparationsplan.

Die Kontrollforderungen über die deutschen Finanzen.

Paris, 20. Oktober. Die französische Denkschrift ist heute nachmittag der Reparationskommission überreicht worden, nachdem Poincaré und Barthou sich heute vormittag über den endgültigen Wortlaut geeinigt hatten. Die Mitglieder der Kommission sind gleich nach der Verlesung der Denkschrift in offiziösen Meinungsaustausch über die französischen Anregungen eingetreten. Die Erörterung wird in offiziöser Sitzung fortgesetzt werden.

Der Inhalt der Denkschrift.

Die französische Denkschrift weist auf den Gegensatz zwischen dem „Finanzunglück" des Reichs und den Gewinnen der deutschen Industrie hin und führt dann aus:

Der Augenblick ist nahe, in dem die deutsche Regierung — falls nicht energische Heilmittel gefunden und angewendet werden — ihren Bankrott vor der Welt erklären wird, obwohl das wirkliche Kapital Deutschlands unverletzt blieb. Die französische Abordnung muß erklären, daß die französische Regierung diese gefahrvolle Stunde nicht abwarte, um die verschiedenen Seiten des Problems zu betrachten und um eine Lösung vorzuschlagen. Im August gab sie in London ihre Anschauungen und ihr Projekt bekannt. Sie ist bereit, die Prüfung dieser Frage auf einer internationalen Konferenz wieder aufzunehmen.

Frankreich hofft für eine Lösung des Reparationsproblems viel von Abmachungen, zu denen diese Konferenz führen kann. Es erwartet eine allgemeine Beruhigung, von der Deutschland nicht als Letzter Nutzen ziehen kann. Aber Frankreich kann nicht zugeben, daß Deutschland während einer mehr oder weniger langen Periode von der Last der Reparationszahlungen befreit wird, und daß Frankreich selbst diese Last für den Wiederaufbau auf sich nimmt. Frankreich kann nicht zugeben, daß Deutschland auch nur zeitweilig zahlungsunfähig wird. Denn Deutschland bewahrte trotz seiner gegenwärtigen Finanzunordnung und seiner budgetären Schwierigkeit seine mächtigen Produktionsmittel und seine Lebensfähigkeit.

Die Erfahrungen mit Zahlungsaufschüben für die Reparationskommission waren negativ. Sie beweisen nur, daß man auf den guten Willen Deutschlands nicht zählen könne, um zu einer Gesundung der deutschen Finanzen zu gelangen. Man braucht andere Lösungen und Maßnahmen.

Vor allem ist es notwendig, das deutsche Budget ins Gleichgewicht zu bringen, dadurch, daß die Notenination völlig verboten wird; anderseits muß die Mark stabilisiert werden. Die französische Abordnung fordert eine strenge Kontrolle über das deutsche Budget, ebenso über die Budgets der deutschen Einzelstaaten. Diese Kontrolle darf sich nicht nur auf ein einfaches Einblicksrecht in das deutsche Budget beschränken, sondern es muß eine wirksame Aktion ausgeübt werden. Eine nicht vollkommene Kontrolle bliebe unwirksam; sie erschiene nur als eine vexatorische Maßnahm.

Die Kontrolle muß aber dazu führen können, alle Ausgaben Deutschlands zu unterdrücken, einzuschränken oder zu vertagen und anderseits der deutschen Regierung die Vermehrung ihrer Einnahmen vorzuschreiben.

Folgende Kontrollmaßnahmen

werden vorgeschlagen:

1. Der Garantieausschuß kann von der deutschen Regierung gewisse Maßnahmen fordern oder sie ihr verbieten.

2. Der Ausschuß wird nach Berlin verlegt. Es sind sofort Vorkehrungen zu treffen, daß seine Tätigkeit wirksam wird.

3. Die Maßnahmen für die Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben und zur Unterdrückung der Kapitalflucht werden unverzüglich angewandt.

4. Der Kontrollorganismus wird die Pflicht und das Recht haben, dauernd alle Einzelheiten der Finanzgebarung des Reiches und der Einzelstaaten zu kennen. Er wird alle Mittel zur Nachforschung anwenden, um das Mindestmaß der zu erzielenden Einnahmen und die Höchstbeträge der erlaubten Ausgaben festsetzen zu können. Er wird das Recht haben, unangebrachte Ausgaben zu verbieten. Wenn die deutsche Regierung sich nicht den Weisungen der Kontrollorgane fügen sollte, wird dieser Verstoß sofort den Mächten gemeldet werden.

5. Die Anleihen des Reiches und der Länder müssen von dem Kontrollorganismus gebilligt und direkt beim Publikum untergebracht werden. Die Unterbringung der Schatzanweisungen bei der Reichsbank wird streng verboten.

Die französische Delegation schlägt ferner vor:

a) Sofort die öffentliche Finanzverwaltung Deutschlands unter vorstehenden Bedingungen unter die Kontrolle der Gläubiger Deutschlands zu stellen.

b) Alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen und das Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, wobei man progressiv in die Ausgaben den Teil der Reparationen einfügt, deren Zahlung nicht durch andere Mittel oder Anleihen, wie Amortisierung des Kapitals aufgebracht werden kann.

c) Dem Schatzamte zu verbieten, Schatzwechsel irgendwelcher Art bei der Reichsbank zu diskontieren, sowie jede Ausgabe von Schuldverschreibungen auf kürzere oder längere Dauer der interalliierten Kontrolle zu unterstellen.

d) Die Reichsbank unter interalliierte Kontrolle zu stellen, die damit beauftragt ist, alle von den Alliierten geforderten Maßnahmen, die ihr Eingreifen erfordern, zu überwachen.

e) Die für geeignet erachteten Verfügungen zur Vermeidung der Kapitalflucht und Anhäufung ausländischer Devisen im Innern durch interalliierte Kontrolle zu verschärfen.

f) Es soll sofort mit der Ausgabe von Goldschatzanweisungen begonnen werden, deren Unterbringung durch fiskalische Vorteile erleichtert werden könnte. Das Ergebnis dieser Schatzwechselausgabe würde, soweit dies nötig ist, zur Verstärkung des Metallbestandes der Reichsbank dienen, um den Erfolg der Währungsreform zu sichern. Der Rest würde dazu dienen, den Teil der Reparationen, die nicht im Haushalt aufgeführt sind, zu zahlen.

g) Die deutsche Regierung soll auch weiter in Gold oder ausländischen Devisen Beträge von mindestens 25 Prozent des Wertes der Ausfuhr erlegen. Das Ergebnis dieser Summe und das Erträgnis der Zölle bei der Ein- und Ausfuhr soll auf ein besonderes Konto überwiesen werden, das bei der Reichsbank im Namen des Garantieausschusses eröffnet und besonders von ihm kontrolliert wird. Die deutsche Regierung wird das Verfügungsrecht über dieses Konto haben, solange die Reparationskommission der Ansicht ist, daß sie ihren Verpflichtungen nachkommt. Wenn die Kommission glaubt, daß dies nicht geschieht, so wird der Garantieausschuß von den für ihn verfügbaren Summen und dem Ergebnis der späteren Abgaben Besitz ergreifen. (W. T. B.)

Die Undurchführbarkeit der französischen Kontrollpläne.

Paris, 21. Okt. **Die meisten Blätter erklären, daß das in der französischen Denkschrift niedergelegte Programm undurchführbar sei, weil die Verbündeten Frankreichs nicht zustimmen würden und weil selbst im Falle einer solchen Zustimmung eine derartige Finanzkontrolle bei einem Reich von 60 Millionen Einwohnern nicht verwirklicht werden könne. „Excelsior" berichtet, in den Kreisen der englischen Reparationsdelegierten halte man den französischen Plan für praktisch undurchführbar. Er würde verhängnisvolle politische und wirtschaftliche Rückwirkungen in Deutschland ausüben und im Widerspruch zu Artikel 234 des Versailler Vertrages stehen.**

Englische Neuwahlen am 16. November?

London, 21. Okt. Das Parlament wird in der nächsten Woche aufgelöst. Die Neuwahlen sollen am 16. November stattfinden. Der Zusammentritt des neuen Parlaments wird am 28. November erfolgen, so daß die irische Bill noch vor dem letzten zulässigen Termin zum 6. Dezember erledigt werden kann.

Eine Erklärung Bonar Laws.

Amsterdam, 20. Okt. Aus London wird gemeldet: Bonar Law hat heute nachmittag folgende Erklärung abgegeben: „Für den Augenblick bin ich eine bürgerliche Privatperson. Ich werde nicht vor der Versammlung der Konservativen, die am Montag stattfindet, zum König gehen. Wenn ich dann von der konservativen Partei zu ihrem Führer erwählt werde, kann ich in der Lage sein, den König zu beraten, die sofortige Auflösung des Parlaments anzuordnen. Trotzdem wird reichlich Zeit sein, die irische Home-Rule-Bill durchzubringen." Bonar Law hat den ganzen Tag in seinem Hause zugebracht und sich mit der Prüfung der Probleme der neuen Lage beschäftigt. Die Versammlung der konservativen Partei, in der Bonar Law zum Führer ernannt werden soll, ist für Montag nachmittag im Hotel Cecil in London festgesetzt worden.

Eine russische Forderung an die Entente.

Riga, 20. Oktober. Tschitscherin hat an die russischen Vertreter in London und Rom ein Telegramm gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß die Entente Rußlands Forderungen, an der Regelung der Frage des nahen Ostens beteiligt zu werden, und an der Friedenskonferenz teilzunehmen, weder beantwortet noch beachtet habe. **Rußland halte den Anspruch in vollem Umfange aufrecht, nicht nur an einer Meerengenkonferenz, sondern auch an der eigentlichen griechisch-türkischen Friedenskonferenz teilzunehmen.** Die systematische Weigerung, die elementarsten Interessen und die gerechten Forderungen in Erwägung zu ziehen, schaffen die Grundlage, durch die ernsteste internationale Verwicklungen begründet sein können, anstatt zur Festigung des allgemeinen Friedens beizutragen.

Dollar (Amtlich): 4430

Tariffraserei.

Wir sind nicht mehr empfindlich. Durchaus nicht. Die dumpfe Not hat uns abgestumpft, dickfellig gemacht, so daß uns nicht leicht mehr etwas auf die Nerven fällt. Manchmal kollert es aber doch in uns, wenn die Sache gar zu happig kommt. So z. B. am letzten Freitag. Wer da seine Zeitung zur Hand nahm und las, daß die Personentarife am 1. Dezember gleich um das Vierfache der bereits um 50 v. H. erhöhten Oktobersätze hinaufgeschraubt werden sollen, dem glomm doch etwas auf in dem sonst unter dem Schutzgesetz verschwiegenen Busen, das sich in ziemlich unparlamentarischen Kernworten über eine Methode Luft zu machen strebte, die das chronische, unerbittlich anschwellende Eisenbahndefizit durch mechanische, gewaltsam gesteigerte Tariferhöhungen beseitigen will, ohne gleichzeitig die von allen Seiten geforderte Rationalisierung des Betriebes nach kaufmännischen Grundsätzen ernsthaft in Angriff zu nehmen. Auf diesem Wege wird es immer mehr dahin kommen, daß das große Kulturwerk der Eisenbahn seinem eigentlichen Zwecke, der Allgemeinheit eine leicht zugängliche Beförderungsgelegenheit zu bieten, entfremdet und zu einem Privileg der Begüterten gemacht wird. Wie soll die große Masse des unter der Valuta-Verarmung seufzenden Volkes solche Fahrpreise erschwingen?

Indessen, wie die Inländer bei dieser tarifarischen Raserei „fortkommen", spielt ja bei den Erwägungen längst keine Rolle mehr. Der valutaarme Deutsche hat sich bereits daran gewöhnt, daß auf seine Kohlkraft keine Rücksicht genommen wird. Der Bien muß, und wenn er nicht mehr kann, so läßt er's und bleibt zu Hause. Wenn aber der Ausländer in Frage kommt, — ja, Bauer, das ist ganz was anderes! Von verschiedenen Seiten — Deutschnationale, Volksparteiler und Demokraten traten hier Hand in Hand auf den Plan — war angeregt worden, von den valutastarken Fremden höhere Fahrpreise zu fordern. Der Amerikaner, Holländer, Schwede reist heute durch ganz Deutschland kreuz und quer für einen Spottpreis, man kann ruhig sagen, für ein Nichts. Er kauft die Waren, die der knapp gehaltene Inlandsmarkt dringend braucht, auf und treibt die Preise in die Höhe, und die Eisenbahn erleichtert ihm auch noch dies volksverderbende Treiben durch die Nichtberücksichtigung des Valutaunterschiedes. Also: Erschwerung des Reiseverkehrs der Ausländer durch Anpassung der Preise an die Markentwertung im Verhältnis zur ausländischen Valuta. Das ist eine durch und durch vernünftige, in jeder Hinsicht wohlbegründete und gerechtfertigte Forderung. Der Ausländer selbst lacht uns aus, daß wir ihn für ein Spottgeld durch ganz Deutschland hin und her zucken lassen. Für einen Dollar fährt er von Berlin bis Basel und leistet sich dafür auch noch ein opulentes Diner in einem Speisewagen der Mitropa. Wie diese übermäßige deutsche Gutmütigkeit auf die realistisch veranlagten Fremden wirkt, zeigt eine bezeichnende Episode, die sich jüngst an der holländischen Grenze abspielte. Als dort der Zug zur Abfahrt nach Holland bereitstand, lehnte sich ein übermütiger Holländer zum Fenster hinaus, zündete ein Paket deutsche Banknoten an und warf es auf den Perron mit den Worten: „Da seht ihr Deutschen, was euer Schundgeld wert ist!" Wir haben wahrhaftig keinen Anlaß, den Ausländern Leben und Reisen in Deutschland auch noch besonders billig und angenehm zu machen und sie sorglich auf Rosen zu betten. Es müßten daher die Preise für Ausländer im Personen- und Güterverkehr so erhöht werden, daß sie zum mindesten nicht billiger fahren als in der Heimat. Eine einfache, einleuchtende, natürliche Logik, nicht wahr? Der Reichseisenbahnrat aber ist anderer Meinung. In demselben Atem hat er die ungeheuren Tariferhöhungen gebilligt und die Sonderbehandlung der valutastarken Ausländer abgelehnt, mit der Begründung, daß es „sich nicht empfehle", mit dem „guten alten deutschen Grundsatz" der gleichen Behandlung der Fremden zu brechen. Spaßig möchte man sagen, wenn es nicht gar so ernst wäre. Vieviele schöne „Grundsätze" von ehemals sind bereits zerflattert in dieser neuen Zeit, vor allem der, daß die Eisenbahn dem billigen Massenverkehr dienen soll. Und nun muß ausgerechnet der valutastarken Ausländer zuliebe die Berufung auf die Grundsatzfestigkeit herhalten?

Allgemein ist die Empfindung, daß das jetzige Verfahren der mechanischen, einseitig diktierten Tariferhöhungen nicht ins Unendliche fortgesetzt werden darf. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat scharf gegen diese Methode Stellung genommen. Er ist der Meinung, daß insbesondere die Frachttarife die Geldentwertung weit überholt haben und daß sie zu einem gefährlichen Antrieb für weitere Geldentwertung geworden sind. Sie verteuern alle Rohstoffe und allen Verbrauch, führen zwangsweise weitere Lohnsteigerungen herbei, die dann ihrerseits von der Eisenbahnverwaltung sofort wieder zur Begründung neuer Tariferhöhungen verwandt werden. **Der Reichsverband warnt vor weiteren Schritten auf diesem gefährlichen Wege und fordert nachdrücklich von der Eisenbahnverwaltung, daß sie ihr Defizit durch wirtschaftlichere Gestaltung des Betriebes beseitigt, statt durch fortgesetzte Tariferhöhungen den Ver-**